

## Wissenschaftsfreiheit und demokratische Streitkultur verteidigen

–

### Solidarität mit Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Christina Brüning

Hiermit erklären wir unsere Solidarität mit Christina Brüning, Professorin für Didaktik der Geschichte an der Philipps-Universität Marburg, sowie mit den von den Bedrohungen und Einschüchterungen ebenfalls betroffenen Mitarbeiter:innen und Studierenden in ihrem Umfeld.

Nach den öffentlich gewordenen Berichten ist Christina Brüning seit Monaten massiven Anfeindungen, Störungen ihrer Arbeit und (Mord-)Drohungen ausgesetzt. Solche Vorgänge sind nicht hinnehmbar. Sie richten sich gegen eine einzelne Wissenschaftlerin und ihr Team; zugleich betreffen sie die Grundlagen wissenschaftlicher Arbeit insgesamt.

Forschung und Lehre können ihren öffentlichen Auftrag nur erfüllen, wenn sie ohne Angst vor persönlicher Einschüchterung, Bedrohung und Repression stattfinden können. Wissenschaft lebt von Kritik, Widerspruch und kontroverser Auseinandersetzung. Sie ist weder konfliktfrei noch auf Zustimmung angelegt. Die Auseinandersetzung mit Macht- und Gewaltverhältnissen, Antisemitismus, Rassismus, Kolonialismus, Geschlechterverhältnissen, Rechtsextremismus und Demokratiegefährdungen ist selbstverständlicher Bestandteil politisch-historischer Bildungsforschung. Wer solche Arbeit durch Drohungen, persönliche Angriffe oder gezielte Einschüchterung zu unterbinden versucht, verlässt den Raum legitimer Kritik. Bedrohung ist kein Argument. Einschüchterung ist keine Kontroverse. Gewaltphantasien sind kein Beitrag zum wissenschaftlichen Streit.

Als Fachgesellschaft sehen wir den Fall nicht als isoliertes Problem eines einzelnen Fachs oder Standorts. Er verweist vielmehr auf eine Entwicklung, die Wissenschaftler:innen besonders dort trifft, wo Forschung und Lehre gesellschaftliche Konflikte, Ungleichheitsverhältnisse und demokratiegefährdende Ideologien analysieren. Angriffe auf einzelne Personen sollen eine disziplinierende Funktion übernehmen: Sie sollen Themen delegitimieren, Forschende verunsichern und Lehr- sowie Diskussionsräume verengen. Deshalb darf die Antwort nicht individualisiert bleiben.

Solidarität bedeutet in diesem Zusammenhang mehr als eine symbolische Bekundung. Sie verlangt verlässliche institutionelle Verfahren, klare Zuständigkeiten, transparente Kommunikation und wirksame Schutzkonzepte. Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und zuständige Behörden tragen Verantwortung dafür, dass Betroffene nicht allein gelassen werden. Dazu gehört, Bedrohungen konsequent ernst zu nehmen, sie nicht als bloße Begleiterscheinung kontroverser Themen zu relativieren und die Bedingungen sicherzustellen, unter denen Wissenschaftler:innen ihren Aufgaben in Forschung, Lehre und Transfer angstfrei nachgehen können.

Wir bekräftigen daher: Die Freiheit von Forschung und Lehre ist kein abstraktes Privileg, sondern eine konkrete Voraussetzung demokratischer Öffentlichkeit. Sie schützt nicht nur etablierte oder konsensfähige Themen, sondern gerade auch jene wissenschaftlichen Perspektiven, die gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten irritieren und Widerspruch hervorrufen. Wer Wissenschaftsfreiheit verteidigt, muss auch diejenigen schützen, die aufgrund ihrer Themen, Perspektiven oder öffentlichen Positionierungen zur Zielscheibe werden.

Wir rufen Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, zuständige Behörden, wissenschaftliche Fachgesellschaften und die demokratische Öffentlichkeit daher dazu auf, solchen Angriffen entschieden entgegenzutreten und die Bedingungen freier, kritischer und verantwortlicher Wissenschaft wirksam zu sichern.